



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

STADTRATSFRAKTION MAGDEBURG

**HERAUSFORDERUNG
KOMMUNALPOLITIK
DIE BILANZ 2016.**

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Umwelt, Energie, Klima- und Tierschutz	3
2. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	4
3. Soziales und Gesundheit	8
4. Demokratie, Beteiligung und Umgang mit Rechts	9
5. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik	10
6. Bildung, Kultur und Medien	11
7. Mitglieder der Fraktion	12

Kontaktdaten

Geschäftsstelle der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Alter Markt 6, Altes Rathaus, 2. Etage, Zimmer: 249
39090 Magdeburg

- Telefon: 0391 / 540 27 72
- Fax: 0391 / 543 03 84
- E-Mail: info@gruene-fraktion-magdeburg.de
- Web: www.gruene-fraktion-magdeburg.de

Die Aufstellung der eingebrachten Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in den Stadtrat erfolgt in Anlehnung an die inhaltliche Gliederung des Kommunalwahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen 2014 – 2019 (VI. Wahlperiode)

1. Umwelt, Energie, Klima- und Tierschutz

„**Konzept Ersatzpflanzungen**“ (if A0086/16) = Es ist ein Nachpflanzungskonzept für die durch den Befall mit dem Asiatischen Laubholzbockkäfer gefällten Bäume zu erarbeiten. Das Konzept soll insbesondere auch die Frage der gärtnerischen Neugestaltung der betroffenen innerörtlichen Bereiche umfassen. Bei der Frage der Finanzierung sollen Fördermöglichkeiten des Landes Sachsen-Anhalt und der Europäischen Union geprüft und einbezogen werden. (08/16) → **Ausschussberatung**

„**Stadtradeln**“ (A0077/16) = Die Stadt Magdeburg ist, beginnend ab 2017 für das jährliche Stadtradeln anzumelden und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit über die Veröffentlichungen der Stadt zu betreiben. (08/16) → **Ausschussberatung**



STADTRADELN
Radeln für ein gutes Klima

„**Zuwegung zur Kleingartenanlage Am Waldsee/Friedensweiler**“ (if A0068/16) = Mittels der Sicherung von Wegerechten oder anderer geeigneter Maßnahmen ist eine Wegeverbindung zwischen der Straße „An der Lake“ und der Kleingartenanlage „Am Waldsee1“ zu schaffen, die für Anlieger*innen befahrbar ist, und die Kleingartensparte "Am Waldsee 1" ist zu unterstützen, eine Lösung für die Wiederherstellung des Abwasseranschlusses zu erzielen. (06/16) → **ungeändert beschlossen**

„**Bäume am Straßenrand**“ (A0008/16) = Ein Grundsatzkonzept ist vorzulegen, wie auch zukünftig, trotz bestehender Versorgungsleitungen, entlang der Straßen Baum(nach)pflanzungen und damit stetige Erneuerungen des Baumbestandes vorgenommen werden können. Die Erfahrungen anderer Kommunen sind dabei zu berücksichtigen. (02/16) → **geändert beschlossen**

„**Zuwegung zur Streuobstwiese in Sudenburg**“ (if A0106/15) = Es ist zu prüfen, an welcher Stelle und in welcher Bauart eine Zuwegung – auch als Feuerwehreinahrtsweg nutzbar – in das einzigartige Grünflächengebiet in Sudenburg, die Streuobstwiese, unter Beachtung auch der Belange des an der Süd-Ostseite gelegenen Schulstandortes hergestellt und eingerichtet werden kann. (09/15) → **ungeändert beschlossen**

„**Baumreihe in Beyendorf-Sohlen**“ (if A0104/15) = Es ist zu untersuchen, ob und in welchem Zeitraum und wie eine Bepflanzung der Westseiten der Straße Obere Siedlung und der Kreisstraße in Beyendorf-Sohlen mit heimischen Baumarten möglich ist? (09/15) → **ungeändert beschlossen**

2. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

„Beimsstraße gemeinsam nutzen“ (A0089/16) = Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten einer Teil- bzw. Vollseparation des Radverkehrs und des Kfz-Verkehrs auf der vielbefahrenen Beimsstraße, Verbindung zwischen Beimssplatz Westseite und Sudenburger Bahnhof, infrage kommen und geeignet sind. Dabei sind unter Beteiligung der Unteren Straßenverkehrsbehörde und der Polizei sowohl die möglichen Varianten von z.B. separaten Radwegen, Schutz- und Radfahrstreifen als auch die einer Radfahrgestaltung des Gehweges zu untersuchen. (09/16) → **ungeändert beschlossen**

„Sichere Abstellanlagen - Grundlage zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls“ (A0085/16) = Unterstützung der Kampagne „Stopp dem Fahrraddiebstahl“ (vgl. I0185/16). Flächendeckende Schaffung weiterer und sicherer Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum. Der im Rahmen des dritten Bausteins der Kampagne - Schaffung von Anschlussmöglichkeiten - vorgeschlagene Grundsatzbeschluss (Selbstbindung) sollte wie folgt umgesetzt werden:



1. Die Zahl der sicheren Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum – insbesondere an städtischen Einrichtungen und stark frequentierten Orten der Stadt – ist deutlich zu erhöhen und ggf. in der Qualität (Diebstahlsicherheit) zu verbessern.
2. Gewerbetreibende, Eigentümer und Bauherrn werden nach baldiger Beschlussfassung der gemäß Landesbauordnung (BauO LSA) möglichen Fahrradabstellanlagensatzung bei Neubauten und bauantragspflichtigen Nutzungsänderungen in die Pflicht genommen, für eine ausreichende Zahl an Stellplätzen zu sorgen. Weiterhin wird versucht auf freiwilliger Basis in Kooperation mit privaten und öffentlichen Institutionen frequentierte Orte mit Fahrradabstellanlagen auszustatten.
3. Für Fahrradtouristen sind an allen Standorten mit hoher touristischer Relevanz (Dommuseum, Hundertwasserhaus, Schiffshebewerk, Marktplatz, Elbauenpark usw.) moderne Fahrradboxen aufzustellen. Zugang und Zahlung des Nutzungsentgelts sollte über SMS erfolgen.
4. Das am Hauptbahnhof seit 14 Jahren diskutierte und nun endlich geplante Fahrradparkhaus ist zu realisieren (nach wie vor steht aus dem Schnittstellenprogramm des Landes eine ausreichende Investitionssumme zur Verfügung).
5. Es ist zu prüfen, an welchen Stellen durch Umwidmung von Kfz-Parkplätzen Fahrradabstellplätze untergebracht werden können.
6. Bei der Neuanlage und Überprüfung vorhandener Standorte unter freiem Himmel ist für eine ausreichende Straßenbeleuchtung zu sorgen und es sind auch spezielle für Lastenräder und Kinderanhänger geeignete Lösungen anzubieten.

Bis zum Beginn der HH-Beratungen 2017 sind nach Diskussion im StBV-Ausschuss für die einzelnen o.g. Maßnahmen Kostenansätze zu erarbeiten, damit schon 2017 mit Investitionsmaßnahmen begonnen werden kann. (08/16) → **Ausschussberatung**

„Maßnahmeplan gegen Falschparkende“ (if A0077/16) = Bis Ende des 4. Quartals 2016 ist ein Maßnahmeplan zur signifikanten Reduktion von den Verkehr behindernde Falschparkende in der Landeshauptstadt Magdeburg zu erarbeiten.

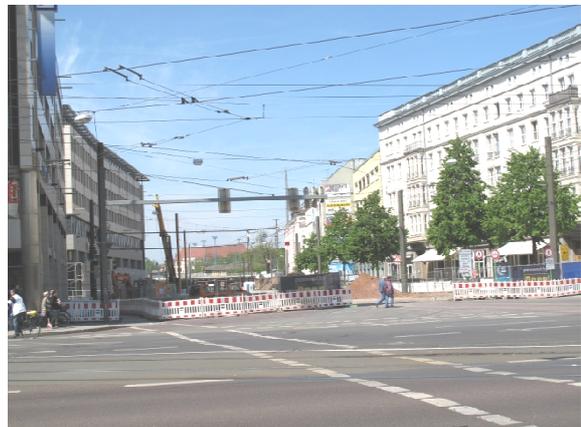
Die Zielstellung soll die deutliche Verminderung der durch Falschparkende verursachten Verspätungen der MVB sowie die allgemeine Behinderung von Verkehrsteilnehmenden (Fußverkehr, Radverkehr, Straßenbahnverkehr) durch verkehrs- und regelwidrig auf Gehwegen, Rad- und Straßenverkehrsanlagen parkenden und haltenden Kfz sein.

Der Maßnahmeplan ist in Kooperation mit der Polizei, der MVB, dem SOD, dem ADFC, Vertreter*innen des Stadtrates und nach Bedarf weiteren Akteuren zu erarbeiten sowie mit SMART-Zielen (S: spezifisch, M: messbar, A: aktionsorientiert, R: realistisch und T: terminiert) zu versehen. (08/16) → **Ausschussberatung**

„Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern“ (A0053/16) = Folgende Maßnahmen sind zu ergreifen, um die Auswirkungen der derzeitigen / künftigen Sperrungen der Bahnbrücken für den Radverkehr, den Autoverkehr und den ÖPNV zu vermindern:

A. Radverkehr

Die Umleitungsrouten vom Damaschkeplatz zur Albert-Vater-Str./Walter-Rathenau-Straße ist in den fehlenden Teilen für einen Radverkehr in 2 Richtungen zu asphaltieren. Die im Bereich der Umleitungsstrecke Adelheidring-Glaci-Hallesche Straße liegende Unterführung der Deutschen Bahn ist zu beleuchten und der kaputte Asphaltbelag kurzfristig zu erneuern. Das Bahnhofsmanagement wird von der Stadt gebeten, an der Treppe von der Passage zur Eingangshalle



(14 Stufen) rechts und links eine Schiene zum Hochschieben von Fahrrädern anbringen zu lassen. Das Tiefbauamt wird gebeten, kurzfristig zusammen mit dem ADFC einen gemeinsamen Flyer mit den Umleitungsrouten zu erstellen. Der derzeit von Fußgängern und Radfahrern als Zugang vom Adelheidring zum Eingang über den Konrad-Adenauer-Platz zum Hauptbahnhof genutzte – teilweise schon fertiggestellte – Rad- und Fußweg ist eindeutig mit Piktogrammen den betroffenen Verkehrsteilnehmern zuzuordnen.

B. Autoverkehr

Sobald es die Straßenbahnbaustelle in der Wiener Straße zulässt, ist die Abfahrt „Wiener Straße“ aus Richtung Süden zweispurig und der Cityring im Bereich der Straße „Am Fuchsberg“ mit gelber Markierung als zeitweilige Baustellenanordnung entsprechend des beigefügten Lageplans dreispurig zu markieren, um den Durchfluss an der LSA Leipziger Straße zu erhöhen. Die Ausschilderung des Cityrings aus Richtung Norden und Süden, sowie die Zufahrt zum Hauptbahnhof über die Maybachstraße sind zu verbessern.

C. Öffentlicher Nahverkehr

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat weisen die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MVB an, die folgenden Maßnahmen als Sofortmaßnahmen umzusetzen. Bei fehlenden Kapazitäten sind Busse von der MVB bei Dritten anzumieten. Überhaupt ist der entstehende Mehraufwand der folgenden Maßnahmen der MVB zu

erstatten: Die Buslinie 73 wird auf der Strecke während der ÖPNV-Sperrzeiten in den Morgen- und Nachmittagszeiten Montag – Freitag von ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet (vgl. Volksstimme vom 27.04.2016). Es wird eine temporäre Buslinie vom Olvenstedter Platz über Damaschkeplatz/Adelheidring über den Magdeburger Ring zum Hasselbachplatz in der Zeit von Montag – Freitag, ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr eingerichtet. Diese „Bus-Baustellen-Linie“ fährt vom Olvenstedter Platz über Immermannstraße - Annastraße - Große Diesdorfer Straße - Maxim-Gorki-Straße - Adelheidring - Halberstädter Straße - Hallesche Straße - Hasselbachplatz und zurück über Magdeburger Ring – Damaschkeplatz (Behelfshaltestelle Regierungspräsidium) - Olvenstedter Straße - Olvenstedter Straße in einem 10-Minuten Takt. Die Buslinie 52 wird auf der Strecke während des ÖPNV-Sperrzeiten in den Morgen- und Nachmittagszeiten Montag - Freitag von ca. 6-9 Uhr und 14-17 Uhr auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet. (05/16) ➔ **geändert beschlossen**

„Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern“ (A0053/16/2) = Im Bereich der Großen Diesdorfer Straße, z.B. an der Kreuzung Annastraße, wird ein großes Hinweisschild aufgestellt, mit dem auf die noch bestehende Auffahrt Adelheidring aufmerksam gemacht wird. Dies könnte zu einer Entlastung der Arndtstraße als Zubringer zum Magdeburger Ring führen. (06/16) ➔ **ungeändert beschlossen**

„Belastungen der Baustelle EÜ ERA abmildern“ (A0053/16/3) = Im öffentlichen Nahverkehr sind an der Ersatzhaltestelle „Adelheidring/Hauptbahnhof“ unverzüglich auf beiden Seiten Haltestellenhäuschen aufzustellen, die Schutz vor Regen und Sonne bieten und einige Sitzplätze aufweisen. (06/16) ➔ **ungeändert beschlossen**

„Errichtung einer temporären Buslinie“ (if A0057/16) = Die Vertreter*innen der LH Magdeburg in den Gesellschafter- bzw. Aufsichtsgremien der MVB GmbH & Co. KG werden gebeten, dafür zu sorgen, dass eine temporäre Buslinie aufgrund der Tunnelbauarbeiten zwischen Stadtfeld Ost über den Magdeburger Ring zum Hasselbachplatz in der Zeit von Montag bis Freitag von 6 bis 9 Uhr und von 14 bis 17 Uhr eingerichtet wird. Das Angebot soll dann auch zukünftig während einer Sperrung des Straßenbahnverkehrs im Zuge der Tunnelbauarbeiten eingerichtet werden. Sofern diese Leistung seitens der MVB nicht mittels eigener Kapazitäten zu realisieren ist, ist durch die LH Magdeburg im Zusammenwirken mit der MVB GmbH & Co. KG zu prüfen, ob und welche alternativen Realisierungsmöglichkeiten bestehen. (05/16) ➔ **geändert beschlossen**

„Überarbeitung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Magdeburg“ (if A0051/16) = Der Nahverkehrsplan der Stadt Magdeburg ist fortzuschreiben und dem Stadtrat unter Berücksichtigung folgender Vorgaben bis Ende 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen: Prüfung der Taktung für die Haupt- bzw. Normalverkehrszeit nach Fertigstellung der 2. Nord-Süd-Verbindung auf 10 Minuten, Gestaltung des Nachtverkehrsangebotes entsprechend dem Angebot des aktuellen Fahrplans und Festlegung der vorrangig auszubauenden barrierefreien Haltestellen gemäß der Dringlichkeitsliste zur Barrierefreiheit der LH Magdeburg (Prioritätenliste) (05/16) ➔ **geändert beschlossen**

„Programm zur Erhaltung bedrohter Gebäude“ (A0047/16) = Die Stadt Magdeburg initiiert ein Programm zur Erhaltung in ihrem Bestand bedrohter städtebaulich bzw. stadthistorisch bedeutsamer Gebäude. Dabei ist beabsichtigt, insbesondere die Kapazitäten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WOBAU) zu nutzen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der WOBAU in Verhandlungen über die Ausgestaltung und Finanzierung eines solchen Programms zu treten. Die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung werden angewiesen, für die Umsetzung des Programms Sorge zu tragen. (05/16) → **geändert beschlossen**



„Änderung des aktuellen Entwurfs des B-Planes 262-2 Verlängerte Friedrich-Ebert-Straße“ (if A0025/16) = Bei der Überarbeitung des 3. Entwurfs des Bebauungsplanes 262-2 „verlängerte Friedrich-Ebert-Straße“ sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Der Bebauungsplan wird dahingehend geändert, dass kein zusätzlicher Einkaufsmarkt und keine Straße für den Durchgangsverkehr geplant oder Vorhalteflächen hierzu reserviert werden.
- Der Bebauungsplan soll einen öffentlichen Spielplatz im Bereich der Struvestraße, sowie eine öffentliche Grünanlage zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Struvestraße enthalten. Zudem dient diese Schneise als Kaltlufttrasse zwischen der Bebauung Friedrich-Ebert-Straße und der alten Elbe.
- Eine Wegeverbindung mit Sitzmöglichkeiten in der Sichtachse der Friedrich-Ebert-Straße soll für Fußgänger und Radfahrer von den Einkaufsmärkten an der Cracauer Straße zum ASZ und Sportplatz an der Struvestraße / Zetkinstr. geschaffen werden.
- Im Südwesten des Plangebietes soll eine Reihen- oder Einfamilienhausbebauung in die Planungen einbezogen werden. Die Voraussetzungen für eine entsprechende Bebauung sind darzustellen. (03/16) → **abgelehnt**

„Verkehrs- und Lebensqualität in der Arndtstraße erhöhen“ (A0004/16) = Es ist zu prüfen, ob die Arndtstraße zwischen Liebknechtstraße und Großer Diesdorfer Straße auf der Basis §45 (1) Ziff. 3 StVO aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs und „zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen“ in der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf einen Wert unter 50 km/h beschränkt werden kann. (02/16) → **ungeändert beschlossen**

„Radverkehr auf dem Nordabschnitt ganzjährig sichern“ (A0141/15) = Der Nordabschnitt des Breiten Weges soll zwischen Ernst-Reuter-Allee und Universitätsplatz ganzjährig - beginnend ab Januar 2016 - von Radfahrer*innen befahren werden können. Davon ausgenommen sind zeitlich auf 1-2 Tage begrenzte Sonderveranstaltungen. Bei diesen ist für eine angemessene Umleitung Sorge zu tragen. (12/15) → **zurückgezogen**

3. Soziales und Gesundheit

„**Blindenleitsystem am Hauptbahnhof**“ (if A0090/16) = Blinden und sehbehinderten Menschen ist der Zugang zu den Straßenbahnhaltestellen und zum City Carré / Hbf. mit Hilfe eines Blindenleitsystems zu ermöglichen. Es ist bis zur Wiederinbetriebnahme der Haltestelle Hauptbahnhof fertigzustellen. (09/16) → **Ausschussberatung**

„**Anpassung Sozialplanung**“ (A0021/16) = Die aktuelle Sozialplanung bzw. Integrierte Stadtentwicklungsplanung (ISEK) ist kurzfristig den geänderten Anforderungen, insbesondere in den Bereichen allgemeine Jugendhilfe-, Kita-, Schul-, Beratungs- und Freizeitplanung, anzupassen. (03/16) → **ungeändert beschlossen**

„**Soziale Betreuung von Flüchtlingen**“ (A0145/15) = Es ist zu prüfen, inwieweit die soziale Beratung und Betreuung von Einzelflüchtlingen und Familien in den Flüchtlingsunterkünften künftig auch von freien Trägern im Bereich der Jugend- u. Sozialhilfe durchgeführt werden kann. Die hohen Qualitätsstandards, die in der Stadtverwaltung Anwendung finden, müssen eingehalten werden. Nach einer positiven Prüfung sind entsprechende Leistungsverträge abzuschließen. Im ersten Schritt sind zunächst kleinere Flüchtlingsunterkünfte auszuwählen und zum späteren Zeitpunkt größere Einrichtungen einzubeziehen. Sollte das Interesse der Träger ausbleiben, ist die Betreuung der Flüchtlinge weiterhin durch die Stadt sicherzustellen. (12/15) → **zurückgezogen**

„**Barrierefreiheit im Bürgerbüro Mitte**“ (if A0128/15) = Es soll geprüft werden, wie einem barrierefreien Zugang zum Bürgerbüro Mitte (Breiter Weg 222) Rechnung getragen werden kann und für den Fall, dass der vorhandene Zustand nicht den Mindestanforderungen Rechnung trägt, dem Stadtrat zeitnah mitzuteilen, bis wann ein erforderlicher Zustand behindertengerecht hergestellt werden kann. Der Behindertenbeauftragte der Stadt ist in die Analyse des Ist-Zustandes und die Erarbeitung von eventuell notwendigen Zustandsveränderungen einzubeziehen. (11/15) → **ungeändert beschlossen**

„**Unterstützung des Kriseninterventionsdienstes**“ (if A0126/15) = Welche Auswirkungen hätte eine Änderung der „Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeit“ mit dem Ziel der Gewährung von Entschädigungsansprüchen analog § 10 des Brandschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG) für die Mitglieder, bzw. deren Arbeitgeber, des Kriseninterventionsdienstes (KID) des HILFE FÜR HELFER IN NOT / POLIZEI-FEUERWEHR-RETTUNGSDIENST e.V. (11/15) → **geändert beschlossen**

„**Installierung eines zeitweiligen Ausschusses „Flüchtlingshilfe**“ (if A0136/15) = Ein zeitweiliger Ausschuss zum Thema „Flüchtlingshilfe“, z.B. als Unterausschuss des Verwaltungsausschusses, soll unverzüglich eingerichtet werden und sich mit Fragen der Unterbringung, Versorgung sowie der Betreuung und Integration befassen. Dieser soll für Stadtrat und Verwaltung tragfähige Lösungen erarbeiten. (11/15) → **zurückgezogen**

4. Demokratie, Beteiligung und Umgang mit Rechts

„**Unterstützung der Willkommensbündnisse**“ (if A0038/16) = Zur Unterstützung der Arbeit der Willkommensbündnisse in unserer Stadt sind unter Einbeziehung der Verantwortlichen aus den jeweiligen Bündnissen folgende Maßnahmen kurzfristig umzusetzen:

- Bei Bedarf transparente und unbürokratische Zurverfügungstellung zusätzlicher Räumlichkeiten für Integrationsangebote nach Rücksprache mit dem Jugendamt in kommunalen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie in den Flüchtlingsunterkünften oder in direkter Umgebung bzw. im Arbeitsbereich des jeweiligen Willkommensbündnisses.
- Die Nutzung von Turnhallen und schulischen Sportstätten sollte nach Rücksprache mit dem Fachbereich 40 bzw. der Schule für Sportangebote mit Flüchtlingen auch ohne Verein ermöglicht werden.
- Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer der Bündnisse durch hauptamtliches Personal seitens der Stadt, u.a. beim Ausfüllen bzw. Übersetzungen von amtlichen Formularen für ausländische Bürgerinnen und Bürger.
- Der/Die zukünftige Koordinator*in für Integration soll die bestehende, ggf. auch neue regelmäßige Austauschtreffen zwischen den verschiedenen beteiligten Ämtern, der Wobau, Wohnungsgenossenschaften und den Bündnissen sowie die Zusammenarbeit mit den Institutionen AGSA, Freiwilligenagentur, Flüchtlingsrat und Integrationsbeirat unterstützen und intensivieren, Synergien und Fördermöglichkeiten vermitteln.
- Verringerung des Verwaltungsaufwandes hinsichtlich der Verteilung von Spendenmitteln an die Bündnisse und die unkomplizierte Bereitstellung der für die Flüchtlingsarbeit angesammelten Geldspenden durch Auszahlung an Träger wie die Freiwilligenagentur, AGSA, Spielwagen e.V. o.ä..
- Schaffung einer praktikablen Lösung, um ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern den Zugang zu allen Flüchtlingsunterkünften unbürokratisch zu ermöglichen (z.B. von der Stadt ausgestellte Unterstützer*innenausweise).
- Zurverfügungstellung von mehrsprachigen Leitfäden in allen Unterkünften und Ämtern mit für Flüchtlinge relevanten Themen wie Schulanmeldungen/-untersuchungen, Aufenthaltsverlängerungen/Passbeantragung, Wohnungssuche, Möbel-Bezugsschein, Teilnahme an Integrationskursen, Anträge Pakt „Bildung und Teilhabe“ sowie Familienzusammenführung. (04/16) → **ungeändert beschlossen**

„**Partnerschaft für Demokratie**“ (if A0019/16) = Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt zur Unterstützung der Partnerschaft für Demokratie die benötigten Kofinanzierungsmittel von 6.000 € im Rahmen des Haushaltes 2016 bereit. Darüber hinaus werden die für die Folgejahre benötigten Mittel bei den entsprechenden Haushalten der Landeshauptstadt mit berücksichtigt. (03/16) → **ungeändert beschlossen**

„**Transparenz für Bürger*innen**“ (A0117/15) = Für die Bürger*Innen ist eine einfach zu erreichende (2-Klicks) und transparente Darstellung der Vertreter*Innen im Stadtrat je Wahlbereich/Stadtteil auf www.magdeburg.de zu schaffen. (10/15) → **ungeändert beschlossen**

5. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik

„**Unterzeichnung der „Erklärung von Barcelona“**“ (if A0094/16) = Die „Erklärung von Barcelona“ vom 21. April 2016 der TTIP-kritischen Kommunen ist bis spätestens Ende Oktober zu unterschreiben. (09/16) → **Ausschussberatung**

„**Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt vorbereiten**“ (A0037/16) = In ausgewählten Bereichen der Stadtverwaltung (z. B. Tiefbauamt), der Eigenbetriebe (z. B. SFM) und auch der Unternehmen in städtischem Eigentum (z. B. Wobau oder auch WuP) ist zu prüfen, ob und wie ein Teil der aufgenommenen Flüchtlinge in die Aufgabenumsetzung der eigenen Produkterzeugung geeignet einbezogen werden könnte. Im Rahmen dieser Beteiligung an der Aufgabenumsetzung soll einerseits die Befähigung der einzelnen Personen eruiert werden und andererseits auch die vorhandene Erwartung an die einzelnen Personen diesen gegenüber verdeutlicht werden. Interessierten Unternehmen der Wirtschaft und natürlich auch dem Jobcenter sollte Auskunft über die Ergebnisse gegeben werden. (04/16) → **ungeändert beschlossen**

„**Maßnahmeplan Innenstadthandel**“ (A0033/16) = Bis zum 3. Quartal 2016 soll ein Maßnahmeplan für die Stärkung des Innenstadthandels während der Bauphase der EÜ Ernst-Reuter Allee entwickelt werden. Darüber hinaus soll durch die Erarbeitung eines Maßnahmeplans eine langfristige Stärkung der Innenstadt als Tourismus- und Einzelhandelsstandort erzielt werden. In die Entwicklung des Maßnahmeplans sind neben den Innenstadthändler*innen auch relevante Nutzer*innen-gruppen der Innenstadt (Senior*innen, Jugendliche, Studierende, Gewerbetreibende, weitere Bürger*innen) mit einzubeziehen. Weiterhin sollte ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt werden, der Aspekte der Verkehrs- und Stadtentwicklung, des Marketings, Anreiz- und Regulationsinstrumente, Fördermöglichkeiten und Weiteres mit einbezieht. Die Maßnahmen sind in ihren zu erwartenden Kosten darzustellen, nach ihrer Umsetzbarkeit zu bewerten und geeignete Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. (04/16) → **geändert beschlossen**



„**Verbesserungen am Stadion Magdeburg**“ (A0108/15) = Es ist zu prüfen, inwieweit kurz- bzw. mittelfristig Maßnahmen für Besucher*innen der MDCC-Arena kurzfristig realisiert werden können, wie z.B. Pflasterung eines mindestens sechs Meter breiten Fußweges zwischen Parkplatz Gübser Weg/Ecke Friedrich-Ebert-Straße zum Nordwesteingang des Stadions und die Aufstellung weiterer Fahrradbügel auf dem Parkplatzbereich und im Umfeld des Außenzahnes, z. B. im Bereich zwischen dem Nordwesteingang und dem Haupteingang. (09/15) → **ungeändert beschlossen**

6. Bildung, Kultur und Medien

„**Errichtung "Denkmal Magdeburger Recht"**“ (if A0091/16) = Der Errichtung des „Denkmal Magdeburger Recht“ unter Mitwirkung des Vereins „Denkmal Magdeburger Recht e. V.“ im Kontext der Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg als Kulturhauptstadt Europas wird zugestimmt. Der seitens des Vereins favorisierte Entwurf sowie der Ort der Errichtung werden nach baurechtlicher Prüfung und Prüfung sonstiger Bestimmungen sowie entsprechender Auflagen seitens der Verwaltung in einer gesonderten Drucksache durch den Stadtrat beschlossen. (09/16) → **Ausschussberatung**

„**Schaffung einer öffentlich zugänglichen Gedenktafel für Dr. Magnus Hirschfeld**“ (if A0052/16) = Der Stadtrat spricht sich für die Schaffung einer öffentlich zugänglichen Gedenktafel aus, die in der Innenstadt in geeigneter Weise an das Wirken des Arztes, Sexualforschers und Mitbegründers der ersten Homosexuellen-Bewegung, Dr. Magnus Hirschfeld erinnern soll. Es soll geprüft werden, an welchem Ort, unter welchen Voraussetzungen, zu welchen Kosten und bis zu welchem Zeitpunkt die in Ziffer 1 beschriebene Gedenktafel geschaffen werden kann. Im Ergebnis der unter Ziffer 2 beschriebenen Prüfung wird der Oberbürgermeister gebeten, dem Stadtrat im Verlauf des III. Quartals 2016 einen Vorschlag vorzulegen. (05/16) → **ungeändert beschlossen**

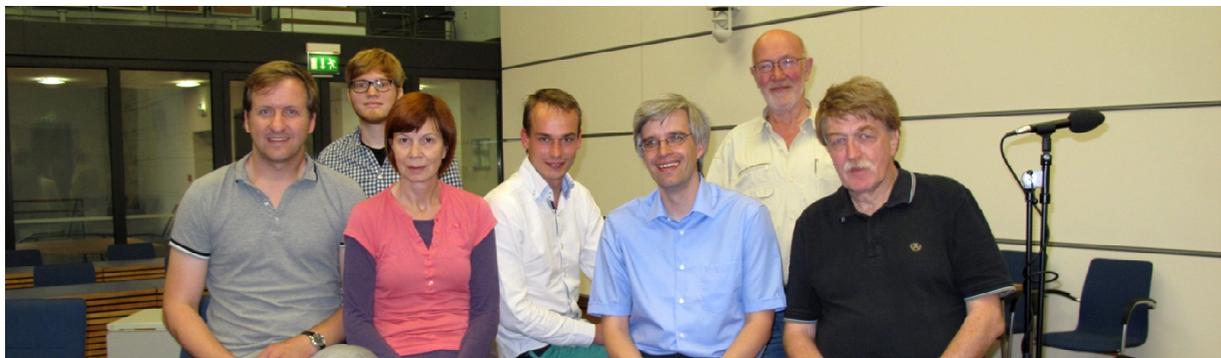
„**Errichtung des Portals der Ulrichskirche**“ (if A0048/16) = Es ist zu prüfen, unter welchen bauordnungsrechtlichen Voraussetzungen eine denkmalgerechte, genehmigungsfähig geplante Errichtung des Hauptportals der 1956 gesprengten Ulrichskirche auf den noch vorhandenen Portalsfundamenten durchgeführt werden könnte. Das Ergebnis der Prüfung soll Hilfe für die Entscheidungsfindung des Stadtrates zur Zustimmung des Beginns einer Portalserrichtung in Verantwortung des Kuratoriums Ulrichskirche e.V. anlässlich des Reformationsjubiläums 2017 sein. (05/16) → **zurückgezogen**

„**Platz für "Willkommensklassen" bereitstellen**“ (A0005/16) = Für sogenannte „Willkommensklassen“ (kleinere Lerngruppen für Flüchtlinge) sind geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. (02/16) → **Ausschussberatung**

„**Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung**“ (if A0137/15) = Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist schnellstmöglich, spätestens jedoch bis Ende Januar 2016 zu überarbeiten und an die demographische Entwicklung anzupassen. Bei der Überarbeitung sind prioritär Stadtfeld Ost (Schlachthofquartier) und Ottersleben als Standorte für weitere Grundschulen zu prüfen. Vor einer Entscheidung über den Bau einer Grundschule im Schlachthofquartier ist zu prüfen, welche Auswirkungen eine diesbezügliche Nutzung von Flächen im Umfeld der Hermann-Gieseler-Halle auf deren Nachnutzung hat. Die städtischen Flächen im Umfeld der Hermann-Gieseler-Halle werden vor einer Entscheidung über den Bau einer Grundschule nicht verkauft. (11/15) → **geändert beschlossen**

7. Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Olaf Meister (45)** **Fraktionsvorsitzender**
Sprecher für Kommunales / Recht
Seit 2011 im Stadtrat Magdeburg
Rechtsanwalt / MdL, 1 Sohn, 1 Tochter
- Sören Herbst (36)** **Sprecher für Kultur / Migration**
Seit 2004 im Stadtrat Magdeburg
Sozialwissenschaftler
- Alfred Westphal (75)** **Sprecher für Finanzen / Soziales**
Seit 1990 m. U. im Stadtrat Magdeburg
Dipl. Bauing., Rentner, 3 Töchter
- Jürgen Canehl (64)** **Sprecher für Bildung / Verkehr**
Seit 2004 im Stadtrat Magdeburg
Stadtplaner SRL, 1 Sohn, 1 Tochter
- Timo Gedlich (31)** **Sprecher für Umwelt / Stadtentwicklung**
Seit 2014 im Stadtrat Magdeburg
Politikwissenschaftler
- Tom Assmann (26)** **Sprecher für Wirtschaft / Gleichstellung**
Seit 2014 im Stadtrat Magdeburg
Master of Science Logistik



Sören Herbst, Timo Gedlich, Eva-Maria Schulz-Satzky, Tom Assmann, Olaf Meister, Alfred Westphal, Jürgen Canehl